



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen von DNR Deutscher Naturschutzring  
zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019  
26. April 2019**

## Demokratisierung und Nachhaltigkeit

**Die Europäische Union (EU) muss sich schnell und konsequent auf den Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten machen.**

- a. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Prioritäten der EU konsequent an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet werden und die EU verbindliche Maßnahmen beschließt, um die Ziele bis 2030 zu erreichen?**
- b. das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU verhindert progressive Politik. Werden Sie auf die Abschaffung der Einstimmigkeit für fiskalische Aspekte im Rat hinwirken, um die EU handlungsfähiger zu machen?**
- c. Werden Sie sich für die konsequentere Umsetzung der Aarhus-Konvention einsetzen und sich den Versuchen einiger Mitgliedstaaten entgegenstellen, öffentliche Partizipation besonders auch in Umweltfragen einzuschränken?**

## **Antwort**

- a. Als CDU und CSU haben wir im Europawahlprogramm bekräftigt, dass die globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 in Europa umgesetzt werden müssen. Wir wollen eine kontinuierliche Weiterentwicklung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie mit konkreten Maßnahmen. In diesem Sinne stehen wir für eine Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, um für zukünftige Generationen eine intakte Umwelt und gute Lebensqualität zu sichern.
- b. An der Einstimmigkeit bei Steuerfragen halten wir zwar grundsätzlich fest, wollen jedoch prüfen, ob und inwieweit Mehrheitsentscheidungen in bestimmten steuerpolitischen Bereichen sinnvoll sind, um unsere Ziele besser zu erreichen. Uns ist wichtig, dass die EU eine Stabilitätsunion ist. Dies ist die Voraussetzung für nachhaltige und zukunftsfähige Politik. Gleichzeitig brauchen wir in der EU einen fairen Steuerwettbewerb und wollen beim Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung noch besser vorankommen. Klar ist, dass wir als Union europaweit Steuerschlupflöcher und grenzüberschreitende Steuerhindernisse abbauen wollen. Es kann nicht sein, dass sich globale Konzerne durch geschickte Strategien um Steuerzahlungen drücken. Wir brauchen eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Alle Unternehmen sollen Steuern zahlen. Dabei setzen wir uns

in der EU und international weiterhin für abgestimmte Lösungen auf Basis einer virtuellen Betriebsstätte ein. Auch brauchen wir eine gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, damit Unternehmen in Europa möglichst nach gleichen Regeln besteuert werden. Dabei müssen die Besonderheiten der deutschen Unternehmenslandschaft und -besteuerung angemessen berücksichtigt werden, um Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen zu vermeiden.

- c. Die Einbindung der Zivilgesellschaft in den politischen Meinungsbildungsprozess ist CDU und CSU ein besonderes Anliegen. Denn die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist nur mit einer engagierten Bürgerschaft möglich. Durch eine weitere Demokratisierung wollen wir die Begeisterung und Beteiligung der Menschen in Europa weiter steigern. Die Rechte für Vereine und Organisationen gehören unbedingt dazu. Mit ihnen sind auch Pflichten gegenüber der Öffentlichkeit verbunden. So unterstützen wir die Forderung nach einer größeren Finanztransparenz. Es sollte ersichtlich sein, wie, wofür und durch wen sich eine Organisation finanziert.

### **Klima und Energie**

**Mit dem letzten Dürresommer hat die Klimakrise auch im Bewusstsein der Menschen endgültig Europa erreicht: Ernteschäden, Kraftwerke, denen Kühlwasser fehlte, eine Binnenschifffahrt, die auf dem Trockenen lag und Waldbrände waren die Folgen. Was wird Ihre Partei dafür tun, um die internationalen Vereinbarungen des Pariser Klimaschutzabkommens einzuhalten?**

- a. **Werden Sie die Forderung nach einer treibhausgasneutralen EU bis spätestens 2050 unterstützen und einer entsprechenden nötigen Verschärfung des europäischen Emissionsreduktionsziels auf mindestens 55 Prozent bis 2030 zustimmen?**
- b. **Setzen Sie sich für einen effektiven und sozial gerechten CO<sub>2</sub>-Mindestpreis ein?**
- c. **Setzen Sie sich im Sinne einer nachhaltigen Verkehrswende für eine Reduktion des Flugverkehrs durch eine europaweite Besteuerung von Flugbenzin und Flugtickets ein?**

## Antwort

- a. Unser Europa ist Vorreiter für weltweiten Klimaschutz und hat hierbei bereits viel erreicht: Ohne die EU wäre das Pariser Klimaabkommen so nicht auf den Weg gebracht worden. Wir konkretisieren jetzt die Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen und setzen sie Schritt für Schritt in ganz Europa um. Bereits die Umsetzung des 40-Prozent-Ziels erfordert größte Kraftanstrengungen. Wir wollen Ökologie und Ökonomie in Einklang bringen. Für die Wettbewerbsfähigkeit Europas, einen effizienten und wirksamen Klimaschutz und die bessere Verbreitung von „grünen Technologien“ muss sich Europa mit Nachdruck für eine international wirksame Bepreisung von Treibhausgasemissionen einsetzen, notfalls zunächst auf Ebene der G20-Staaten. Parallel hierzu ist es eine permanente Aufgabe, den europäischen Emissionshandel als marktwirtschaftliches Instrument unter den Gesichtspunkten Reduktion der Treibhausgasemissionen und der Wettbewerbssituation der europäischen Wirtschaft weiter zu entwickeln.
- b. Wir wollen den Ressourcenverbrauch infolge wirtschaftlicher Prozesse und gesellschaftlicher Entwicklungen stärker mit angemessenen Preisen in einen funktionsfähigen sowie sozial gerechten Markt- und Anreizmechanismus einbeziehen und so Schäden effizient reduzieren bzw. verhindern. Die Nutzung von Ressourcen, Rohstoffen sowie Infrastruktur muss stärker als bisher in solche Markt- und Anreizmechanismen eingebettet werden. So sind wir davon überzeugt, dass sich nationale und internationale Klimaschutzziele durch eine möglichst umfassende und grenzüberschreitende Bepreisung der Emission von Treibhausgasen deutlich effizienter und mit weniger Wettbewerbsverzerrung erreichen lassen als durch teure – oft nur nationale – Einzelmaßnahmen. Eine umfassende Bepreisung kann sich auch auf den Verkehrssektor erstrecken.
- c. Der Luftverkehr ist zusammen mit der Schifffahrt eine zentrale Säule weltweiter Mobilität. Europa muss in diesen Bereichen eine führende Stellung einnehmen, um mit globalen Entwicklungen Schritt halten zu können. Die höhere Besteuerung von Flugbenzin bzw. -tickets im Alleingang würde Europa in dieser Hinsicht erheblich schwächen. Ein solches Vorgehen ergäbe nur im internationalen Kontext Sinn. Wir

befürworten die Einbindung des Flugverkehrs in ein globales Anreizsystem zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen.

### **Ressourcen und Kreislaufwirtschaft**

**Unser wachsender Ressourcenverbrauch geht mit erheblichen ökologischen Belastungen wie dem Verlust der Artenvielfalt, der Belastung der Gewässer sowie steigenden Treibhausgasemissionen einher. Die EU muss deshalb die Vorreiterinnenrolle für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft einnehmen.**

- a. Setzen Sie sich für verbindliche Reduktionsziele für den Rohstoffverbrauch pro Einwohner\*in sowie für fiskalpolitische Instrumente ein, z. B. eine Materialinputsteuer, um den absoluten Ressourcenverbrauch in der EU zu senken?**
- b. Setzen Sie sich gemäß der europäischen Abfallhierarchie für eine stärkere Verankerung von Reparierbarkeit und Wiederverwendung in der EU-Ökodesignrichtlinie ein?**
- c. Werden Sie sich für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen und für die Einführung von Verursacherabgaben einsetzen?**

### **Antwort**

- a. Unser Ziel ist, sowohl den absoluten Ressourcen- und Energieverbrauch entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu reduzieren und von der wirtschaftlichen Entwicklung zu entkoppeln als auch die Effizienz fortlaufend zu steigern. Ressourcen- und Energieverbrauch müssen dabei stets gemeinsam betrachtet werden. Zur Reduzierung setzen wir auf marktwirtschaftliche Instrumente, die beim Verursacher ansetzen.

Wir setzen auch auf den intelligenten technischen Fortschritt und die Digitalisierung. Dabei gilt es, Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz von der Rohstoffgewinnung über Produktgestaltung, Produktion und Konsum bis hin zur Kreislaufwirtschaft zu entwickeln. So halten wir es z. B. für sinnvoll, wie bei der Forschungsförderung der Bundesregierung auch in den betreffenden EU-Forschungsprogrammen hohe Ressourcen- und Energieeffizienzziele zu verankern und in der Wirtschaft umzusetzen. Unser Europa setzt auf Rahmenbedingungen mit

stimmigem ökologischen Ansatz, auf nachhaltige Produktion und Konsum sowie den Aufbau funktionierender Wertstoffkreisläufe.

Siehe auch Antwort zu „Klima und Energie“

- b. Wir begrüßen sehr, dass die neue Ökodesign-Richtlinie neben der Energieeffizienz erstmals Anforderungen in Bezug auf Reparierbarkeit und Ersatzteile stellt. Das ist ein wichtiger Schritt aus der Wegwerfgesellschaft.
- c. Subventionen sollen regelmäßig überprüft – vor allem auch mit Blick auf ihre Wirksamkeit und ökologische Bedeutung und gegebenenfalls abgeschafft werden. Siehe auch Antwort zu „Klima und Energie“

### Landwirtschaft

**Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss das Instrument sein, das eine nachhaltige, ökologische und sozial gerechte Landwirtschaft in Europa ermöglicht. Nach dem Prinzip "öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen" muss sie den Schutz von Natur, Biodiversität, Klima, Boden, Luft, Wasser und Tieren sicherstellen und somit auch dazu beitragen, die Ziele zu erreichen, zu der sich die EU verpflichtet hat.**

- a. **Setzen Sie sich für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ein, die die Leistungen einer bäuerlich ökologischen Landwirtschaft deutlich stärker honoriert, artgerechte Tierhaltung fördert und umweltschädliche Subventionen beendet?**
- b. **Unterstützen Sie eine deutliche Senkung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft und grundlegende Reformen des Systems der Risikobewertung, Zulassung und Kontrolle von Pestiziden?**
- c. **Werden Sie für die Erhaltung des EU-Gentechnikrechts und die Regulierung neuer Gentechnikverfahren sorgen, um Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit zu gewährleisten?**

### **Antwort**

- a. Mit der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) wollen wir künftig noch mehr für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie für das Tierwohl erreichen. Damit dies für die Landwirte leistbar ist, müssen die Maßnahmen entsprechend gefördert werden.

Landwirte sollen echte Anreize erhalten. Wir setzen auf Kooperation statt Konfrontation sowie auf Anreize und Freiwilligkeit vor staatlicher Regulierung. Die Direktzahlungen wollen wir künftig noch stärker auf die regional verwurzelte, familiengeführte Landwirtschaft ausrichten und dabei kleinere und mittlere Betriebe und die bäuerliche Tierhaltung stärker fördern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Ökolandbau weiterhin verlässlich aus der zweiten Säule gefördert wird. Die Förderung der Umstellung und die Ökoprämien wollen wir erhalten. Nachhaltige Landwirtschaft und auch der Ökolandbau sollen noch stärker von den EU-Forschungsmitteln profitieren.

- b. CDU und CSU befürworten eine Überarbeitung der Genehmigungs- und Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln in der EU, wie sie das EU-Parlament beschlossen hat. Mehr Transparenz, die Gewährleistung einer unabhängigen Prüfung und ein noch besserer Schutz von Gesundheit und Umwelt sind das Ziel. Wichtig ist uns, dass Bewertung und Zulassung auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen. Wir wollen zudem die Erforschung von Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz sowie von Ersatzwirkstoffen verstärken und uns dafür einsetzen, dass neue umweltfreundliche Pflanzenschutzmittel zügig zugelassen werden.
- c. Wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine Präzisierung im Gentechnikrecht ein. Ziel ist, eine klare rechtliche Trennung zwischen transgener Gentechnik und klassischen bzw. modernen Züchtungstechnologien, wie beispielsweise CRISPR/Cas und Technologien der Mutagenesezüchtung. Wir wollen die Chancen, die uns neue Züchtungstechnologien wie CRISPR/Cas bieten, prüfen und abwägen. Wir streben an, den Rechtsrahmen der EU hierfür ggf. anzupassen.

Selbstverständlich müssen Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit gewährleistet bleiben. Bei den neuen Züchtungstechniken gibt es spezifische Herausforderungen an die Nachweisbarkeit. Wir sprechen uns für die Erarbeitung von standardisierten und auf EU-Ebene harmonisierten Verfahren für den Nachweis aus.

### Naturschutz und Biodiversität

In Europa sind fast ein Viertel aller wildlebenden Tierarten gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Lediglich für die Hälfte der zum Schutz gefährdeter Arten und Habitate eingerichteten Natura-2000-Schutzgebiete existieren Bewirtschaftungspläne mit Erhaltungszielen und -maßnahmen. Die EU hat sich verpflichtet, den Biodiversitätsverlust und die Verschlechterung der Ökosysteme und ihrer Leistungen bis 2020 zu stoppen sowie geschädigte Ökosysteme soweit wie möglich wiederherzustellen. Diese Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie wird die EU allerdings nicht erreichen.

- a. Stehen Sie dafür ein, dass die EU mehr Anstrengungen unternimmt, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen und insbesondere der mangelnden Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie in den Mitgliedstaaten zu begegnen?
- b. Setzen Sie sich für die Erhaltung der Wasserrahmenrichtlinie und deren vollständige Umsetzung in allen Mitgliedstaaten ein?
- c. Unterstützen Sie eine zweckgebundene Naturschutzfinanzierung in Höhe von 15 Milliarden Euro, um das Schutzgebietsnetz Natura 2000 und weitere biodiversitätssichernde Maßnahmen zu finanzieren?

### **Antwort**

- a. Die Bewahrung der Schöpfung und der Erhalt und Förderung der Artenvielfalt ist uns ein zentrales Anliegen. Wir unternehmen national große Anstrengungen zur Sicherung der biologischen Vielfalt und unterstützen auch den europäischen Ansatz. Natura 2000 wollen wir konsequent umsetzen und dabei die vor Ort lebenden Menschen und Landnutzer mit einbinden. Bedeutend für den Erhalt der Biodiversität sind die Landwirte. Sie sollen im Zuge der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik größere Anreize erhalten, besondere Natur- und Artenschutzleistungen zu erbringen. Dazu gehört die Förderung von Blühstreifen, Ausgleichsflächen oder Heckenpflanzungen mit dem Ziel, vernetzte Lebensräume für Fauna und Flora herzustellen. Wir brauchen auch für die Pflege der Natura 2000-Flächen in der zweiten Säule genug Spielraum.
- b. Sauberes Wasser ist eine unverzichtbare Lebensgrundlage. Um dies zu garantieren haben wir in der EU die strengen Regelungen der Wasserrahmenrichtlinie. Sie muss



konsequent umgesetzt werden. Deshalb wird nun auch die Düngeverordnung nachgebessert.

- c. Wir stehen zur Vereinbarung des Koalitionsvertrags auf Bundesebene und setzen uns in der EU für mehr Mittel für den Naturschutz ein, die sich am Bedarf von Natura 2000 orientieren.

### **Umwelt und Gesundheit**

**Die Gefahr von Schadstoffen für die Umwelt und die menschliche Gesundheit ist eine der großen Herausforderungen, die wir dringend in Angriff nehmen müssen. Gefährliche Stoffe in Produkten müssen konsequent nach dem Vorsorgeprinzip reguliert werden und dürfen nicht in den Recyclingkreislauf gelangen. Die an der Wirtschaftskette Beteiligten, inklusive Verbraucher\*innen, müssen Zugang zu allen wichtigen Informationen über die verwendeten Materialien bekommen.**

- a. **Setzen Sie sich für eine strikte Beibehaltung des Verursacher- und des Vorsorgeprinzips und einer entsprechend konsequenten Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH ein?**
- b. **Engagieren Sie sich für eine am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Regulierung von hormonschädlichen Stoffen in verbrauchernahen Produkten?**
- c. **Setzen Sie sich dafür ein, dass Produkte nur solche Stoffe enthalten, die eine für Mensch und Umwelt gefahrlose Wiederverwendung von Materialien ermöglicht?**

### **Antwort**

- a. 2006 hat die EU mit der REACH-Verordnung das Chemikalienrecht europaweit neu geordnet und vereinheitlicht. Dabei wurde das Vorsorgeprinzip zugrunde gelegt, denn ein ganz wichtiges Ziel von REACH ist es, Mensch und Umwelt wirksam vor gefährlichen Stoffen zu schützen. Wir wollen REACH weiter verbessern; das betrifft z. B. die Sicherstellung der Erfüllung der REACH-Anforderungen bei den Registrierungs dossiers. Ziel ist gerade die bessere Anwendung des Vorsorgeprinzips, an dem wir festhalten wollen.

- b. Zulassung und Umgang mit hormonell wirksamen Schadstoffen (endokrinen Disruptoren) sind in verschiedenen, auf europäischer Ebene verankerten Rechtsinstrumenten geregelt. Gerade durch die Vielzahl spezifischer Regelungen soll ein angemessenes und umfassendes Schutzniveau gewährleistet werden. Wir begrüßen, dass die EU-Kommission Ende 2018 eine Überprüfung der bestehenden Regelungen zu endokrinen Disruptoren angekündigt hat, u. a. um eventuell noch bestehende Regelungslücken zu identifizieren. Unser Ziel ist eine angemessene und wirksame Regulierung von besorgniserregenden Stoffen mit endokrinen Eigenschaften, um die Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu minimieren.
- c. Unser Ziel ist eine ressourcenschonende und nachhaltige Wirtschaft. Dazu gehört in erster Linie, möglichst wenig Material einzusetzen und Abfall zu vermeiden. So wollen wir z. B. der Plastikflut in den Weltmeeren und dem Eintrag von Mikro- und Nanoplastik ein Ende setzen mit einer europaweiten Plastikstrategie und internationalen Abkommen zur Plastikvermeidung. Ebenso wichtig ist es uns, auf dem Weg zu einer echten Kreislaufwirtschaft voranzukommen. Das setzt die gefahrlose und möglichst komplikationsarme Wiederverwendung von Materialien voraus. Bereits die Produktion von Waren und Verpackungen muss stärker danach ausgerichtet werden, dass die Materialien gut recycelt werden können.